

Einwanderung – „Investition in die Zukunft unseres Landes“

Von DIETER HILLA

DÜSSELDORF. 500 000 Einwanderer brauche Deutschland jährlich, um den Bevölkerungsrückgang auszugleichen. Das empfiehlt eine Studie der Vereinten Nationen, die im März veröffentlicht werden soll. Eine „Ohrfeige für die deutsche Politik“ sei dies, wertet Klaus Bade, Professor am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung. Denn: „In Deutschland wird nur über die Begrenzung von Migration nachgedacht, wobei möglichst hohe Rückwanderungsraten offensichtlich als Erfolg verbucht werden“.

Die Empfehlung der UN, nahe gelegt als „Lösung für zurückgehende und alternde Bevölkerung“, stößt keineswegs auf Zustimmung. „Wir haben vier Millionen Arbeitslose. Was sollen Einwanderer da nützen?“ fragt Günter Albrecht, Pressesprecher des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR). Cornelia Sonntag-Wollgast, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, erklärt: „Kurzfristig sehe ich keinen Bedarf. Deswegen haben wir ja die Debatte um Einwanderungsgesetze zurückgestellt.“

Das aber ist in Augen vieler Fachleute falsch. Fragen der Bevölkerungsentwicklung haben langfristige Konsequenzen. Dem Statistischen Bundesamt zufolge sinkt die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2040 von derzeit rund 82 Millionen auf ungefähr 68,8 Millionen – und dass nur, wenn jährlich 100 000 Menschen einwandern.

Hat der Bevölkerungsrückgang erst einmal eingesetzt, ist er nur schwer wieder aufzuhalten. „Wir müssen ja auch die Nichtgeborenen mitrechnen, die wiederum keine Kinder haben können“, erklärt Herwig Birg, Leiter des Instituts für Bevölkerungsentwicklung der Universität Bielefeld. Die Folgen könnten katastrophal sein: Zusammenbruch der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und ein extremer Generationenkonflikt.

Ohne Zuwanderung müsste im Jahre 2050 vielleicht ein Erwerbstätiger einen oder gar zwei Ruheständler ernähren, vermutet Bade. „Die Mehrheit

derjenigen, die dann wählen, stehen am Rande der Pensionsgrenze oder sind schon im Ruhestand. Sie legen die politischen Bedingungen fest, unter denen die anderen zu arbeiten hätten.“ Wäre unter diesen Umständen sozialer Frieden noch möglich? Doch um diesen Frieden bangen auch jene, die Migration skeptisch gegenüber stehen.

„Langfristig ist Einwanderung eine Investition in die Zukunft unseres Landes“, erklärt Bade. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat eine „Kosten-Nutzen“-Bilanz erstellt. Danach bringen die Zugewanderten für den Staat jährlich einen Gewinn von rund 30 Milliarden Mark. Diese Rechnung funktioniert aber nur, wenn Immigranten eingegliedert und

gefördert werden. „Was wir nicht jetzt für die Integration von ausländischen Arbeitnehmern und deren Familien ausgeben, müssen wir später für Resozialisierung und die Polizei bezahlen“, erklärte schon Ende der 70er Jahre Heinz Kühn, der erste Ausländerbeauftragte Deutschlands.

Bei der Planung der Migration ist der Handlungsspielraum gar nicht mehr so groß. Wanderungen innerhalb der EU, Aussiedlerzuwanderung und Asylsuchende sind laut Bade Faktoren, die Regierungen nur sehr bedingt beeinflussen können.

Darüber hinaus halten Experten ein Einwanderungsgesetz für unverzichtbar, das die Interessen des Landes berücksichtigt und die potentiellen neuen Bürger nach beruflichen Kriterien auswählt. Ingenieure, Friseur oder Maurer werden nur dann hereingelassen, wenn sie nötig sind.

„Wir brauchen ausgebildete Einwanderer“, erklärt Birg. Dass solch eine Regelung in Deutschland fehlt, ist für ihn ein Versäumnis: „Unsinniger kann man nicht handeln. Wer zu uns kommt, bestimmen alle anderen, nur nicht wir selber.“ Die Folge: „Wir schaffen uns innerhalb Deutschlands seine Dritte Welt.“ Doch an Einwanderungsbestimmungen wollen sich die Politiker nicht wagen.

Zuwanderungspolitik muss laut Bade im Gesamtzusammenhang der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gesehen werden. Dazu gehört derzeit auch die Massenarbeitslosigkeit. Warum Einwanderung, wenn das Land noch nicht einmal den eigenen Bürgern genügend Arbeit geben kann? „Man darf die Arbeitslosen von heute nicht gegen die Zuwanderer von morgen aufrechnen“, warnt der Migrationsforscher Bade. Deshalb sei „ein Gesamtkonzept“ nötig, das langfristig plant.

Doch die Politik ist nach Meinung Bades dazu nicht bereit: „Wir müssen uns fragen, wie lange wir es uns leisten können, dass Politik wie ein öffentlich finanziert Reparaturbetrieb der gesellschaftlichen Wirklichkeit hinterherrennt und dann kurz vor dem Unfall noch einmal nach links oder rechts abbiegt.“



„Das Boot ist voll“, sagen Einwanderungs-Gegner. Die UN empfiehlt mehr Zuwanderer für Deutschland. – Das Foto zeigt eine Fähre in Bangladesh. Foto: ap

Wenn Migration zum Alltag wird

DÜSSELDORF. Mit Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte und Vorstandsmitglied des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, sprach RP-Redaktionsmitglied Dieter Hilla.

Einwanderung macht vielen Menschen Angst. Warum?

Die Einheimischen, die Zuwanderung erleben, fühlen sich oft benachteiligt, überfordert. Diese Diskussion greift ganz tief in die Mentalität der Bürger unseres Landes ein. Man muss um ihr Verständnis werben, damit die Ängste in den Hintergrund treten. Nur so wird Platz für eine offene Diskussion. Zuwanderung ist eine Stress-Situation, und zwar für beide Seiten.

Was kann man tun, um den Stress zu mindern?

Erstens einmal kann man einen Rückweg in die Normalität beschreiten.

Wir sind dabei schon weit gekommen: weg von Drohgebärden, Horrorgemälden. Wir sind dabei, Migration als eine Alltagsrealität zu begreifen. Die Politik hat sich inzwischen für diesen Bereich geöffnet.

Zweitens: Man muss beim Umsetzen der Pläne auch an die einheimische Mehrheit denken. Veränderungen dieser Art können nur dann implantiert werden, wenn sie mit Zustimmung der einheimischen Mehrheit getroffen werden. Denn sonst gibt es ganz schwere gesellschaftliche Konflikte. Und die gehen in der Regel auf Kosten der Minderheit.

Was müsste man tun, um ein Zusammenleben zu ermöglichen?

Vor allem eines nicht: ein friedvolles, kulturelles Zusammenleben von oben wollen. Da sind manche irrige Vorstellungen unterwegs. Das muss von unten im Alltag durch ein Höchstmaß

an Freiheit, aber auch an Sicherheit in der Begegnung entstehen und kann staatlich immer nur begleitet werden. Wichtig ist, möglichst viel Selbst-Sicherheit zu vermitteln durch Rechts-Sicherheit und durch Vermittlung der Normalität der Einwanderung. Wenn sich Zuwanderer verängstigt fühlen, weil Rechts-Sicherheit fehlt, ziehen sie sich zurück. Dann aber antworten die Einheimischen: „Die ziehen sich zurück. Die wollen nur in ihren Kolonien leben.“ Und die Immigranten denken: „Die wollen uns gar nicht.“ Das kann zu aggressiven Missverständnissen führen.

Je sicherer sich Einwanderer fühlen, desto bereiter werden sie auf die Aufnahmegesellschaft zugehen. Einwanderung muss man wollen und gestalten. Dann können sich Immigranten viel sicherer bewegen als wenn Einwanderung eine griesgrämig akzeptierte Verlegenheitslösung ist.